



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 12 vom 21.6.2012

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

- EDITORIAL
- Erweiterte Beteiligungsrechte für Kommunen
- OffeneKommune.de: Beta-Version
- Fiskalpakt und Kommunen
- Deutscher Kulturrat: Kooperationsverbot abschaffen
- Neulandgewinner: Ausschreibung
- Freiwilligenagenturen in Deutschland: Publikation
- Lokale Engagementförderung: Publikation

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Führungszeugnis für Engagierte grundsätzlich gebührenfrei
- Memorandum über die Kooperation von Stiftungen und BMFSFJ veröffentlicht
- Freiwilligendienste: Antrag der SPD und Grünen
- Aufwandsentschädigung und Hartz IV: Antrag der Grünen
- Freiwilligendienste: Antwort der Bundesregierung
- Bürgerbeteiligung bei Großprojekten: öffentliche Anhörung
- Demografiekongress als Politikum: Kleine Anfrage

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Engagement für Bildung - Bildung für Engagement
- AG 4 Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft: Bericht

- AG 8 Demografischer Wandel und BE: Bericht
- Ehemaliger Mitarbeiter des BBE: Benjamin Reitz
- Neue Mitarbeiterin im BBE: Susanne Breton

FACHDISKURS

- Wie viel Vermögen braucht Beteiligung? Veranstaltung
- Wie viel Crowdsourcing braucht die Politik?
- Engagement macht schlau! - Fachtagung
- Förderpreis Bürgerstiftungen: Ausschreibung
- Baustelle Demokratie: Rezension
- Bufdis danke sagen: Mitmachaktion des BMFSFJ
- Selbsthilfegruppen: Tagungsbericht
- PHINEO: Themenvoting bis 24. Juni 2012
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

nach oben

EDITORIAL

Vor Ort, das ist dieses Mal der thematische Fokus in der Rubrik »Aus und über den Nonprofit-Sektor«. Die kommunale Ebene wird dabei aus unterschiedlichen Winkeln in den Blick genommen. Der Bogen reicht dabei von zu berichtenden erweiterten Beteiligungsrechten der Kommunen in der Gesetzgebung über eine Ausschreibung der Robert Bosch Stiftung für Neulandgewinner bis hin zu neuen Studien über lokale Engagementförderung.

nach oben

Erweiterte Beteiligungsrechte für Kommunen

Nicht nur Bürger und Zivilgesellschaft, auch Kommunen als zentraler Selbstverwaltungsort der lokalen Bürgerschaft streben nach stärkerer Beteiligung an staatlichen, politischen Prozessen. Manch ein Schritt vorwärts findet an unerwarteten Stellen statt. So hat Mitte Mai der Deutsche Bundestag durch Änderung seiner Geschäftsordnung den kommunalen Spitzenverbänden im Gesetzgebungsverfahren erweiterte Beteiligungsrechte eingeräumt. Sie erhalten im jeweiligen

federführenden Ausschuss zwingend Gelegenheit zur Stellungnahme und bei öffentlichen Anhörungen wird ihre Stellungnahme nicht auf die Fraktionskontingente einzuladender Experten und Organisationen angerechnet.

Weitere Informationen unter

<http://www.demo-online.de/nachrichten/bundestag-beschliesst-erweiterte-beteiligungsrechte-der-kommunen-der-gesetzgebung-einsch>

nach oben

OffeneKommune.de: Beta-Version

Am 18. Juni 2012 wurde in einer Online-Konferenz des »Netzwerks Zukunftsstädte« des Deutschen Städte- und Gemeindebundes die kommunale Beteiligungsplattform »OffeneKommune.de« vorgestellt. »OffeneKommune.de« ist im April 2012 in einer Beta-Version als ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Liquid Democracy in enger Kooperation mit pol-di.net e.V. aus Berlin und ijab - Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. gestartet. Unterstützt wird es vom Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB). Ziel ist die Schaffung einer neutralen Infrastruktur zur politischen Beteiligung auf kommunaler Ebene, die allen gesellschaftlichen Akteuren offen steht und einen direkten Dialog zwischen Bürgern, Kommunen, Unternehmen und Organisationen ermöglicht.

Weitere Informationen unter <http://offenekommune.de>

nach oben

Fiskalpakt und Kommunen

Der DGB warnt vor den Folgen des Fiskalpakts für Städte und Kommunen. Die im Grundgesetz schon verankerte Schuldenbremse für Bund und Länder werde beim Fiskalpakt verschärft, indem der »gesamtstaatliche Haushalt« - also Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammengerechnet - ein maximales Defizit von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufweisen darf. Da gleichzeitig aber der Bund wie bisher allein 0,35 Prozent des BIP als Schulden aufnehmen darf, verringert sich der Handlungsspielraum für Kommunen und Gemeinden drastisch. Zudem verlegt der Fiskalpakt das Erreichen dieses Ziels von 2016, wie es die bisherige Schuldenbremse vorsah, auf 2014 vor. Unmittelbar sind daher Einschnitte bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben in Theatern, Museen, Sport oder Bibliotheken zu erwarten. Auch die Engagementförderung der Kommunen gehört zu den freiwilligen Aufgaben.

Weitere Informationen unter <http://www.dgb.de/themen/+ +co+ +7b0629fe-ab13-11e1-47ad-00188b4dc422>

nach oben

Deutscher Kulturrat: Kooperationsverbot abschaffen

Am 30. Mai 2012 beschloss das Bundeskabinett, eine Grundgesetzänderung auf den Weg zu bringen, damit der Bund Hochschulen (wieder) stärker mitfinanzie-

ren kann. Diese beabsichtigte teilweise Revision des 2006 ins Grundgesetz aufgenommenen Kooperationsverbots nimmt der Deutsche Kulturrat zum Anlass, dessen generelle Abschaffung zu fordern. Schon während der Föderalismusreform hatte der Kulturrat vor den negativen Auswirkungen des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern gewarnt, die mittlerweile in allen Feldern zur Realität geworden seien, nicht zuletzt bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben wie etwa der Kulturförderung.

Weitere Informationen unter

<http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2314&rubrik=2>

nach oben

Neulandgewinner: Ausschreibung

Gemeinsam mit der Zarof GmbH, Leipzig und dem Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V., Bollewick, führt die Robert Bosch Stiftung ein neues Programm mit dem Titel »Neulandgewinner - Zukunft erfinden vor Ort« durch. Gefördert werden unkonventionelle Wege, die den negativen Auswirkungen des demographischen Wandels in vielen Städten und Dörfern im Osten Deutschlands eigenverantwortlich mit dem Ziel höherer Lebensqualität begegnen. Ausgewählte Projekte werden fachlich begleitet und können einzelfallbezogen bis zu 50.000.- Euro Fördermittel erhalten. Bewerben können sich zunächst Privatpersonen, Vereine oder Initiativen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2012.

Weitere Informationen unter <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/41318.asp>

nach oben

Freiwilligenagenturen in Deutschland: Publikation

Freiwilligenagenturen verstehen sich in Deutschland als intermediäre Organisationen zwischen Bürgern, gemeinnützigen Organisationen, Politik und Verwaltungen in allen Angelegenheiten bürgerschaftlichen Engagements. Holger Backhaus-Maul, Peter Friedrich, Maud Krohn und Prof. Dr. Karsten Speck präsentieren in ihrer Publikation »Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation« erstmals detaillierte Befunde einer aktuellen bundesweiten Erhebung sowie qualitativer Fallstudien ausgewählter Kommunen in Deutschland. Die umfassende empirische Studie zeichnet dabei das facettenreiche und ambivalente Bild einer »jungen« Organisation mit vielfältigen - bisher - unausgeschöpften Potenzialen und einer zugleich höchst prekären Institutionalisierung. Der Band ist im Springer Verlag für Sozialwissenschaften erschienen.

Weitere Informationen unter <http://www.springer-vs.de/Buch/978-3-531-18584-2/Freiwilligenagenturen-in-Deutschland.html>

Lokale Engagementförderung: Publikation

In den vergangenen Jahren ist ein regelrechter Gründungsboom von Infrastruktureinrichtungen für bürgerschaftliches Engagement zu verzeichnen. Dazu zählen Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen oder Lokale Bündnisse für Familien, um nur einige zu nennen. Prof. Dr. Annette Zimmer und Dr. André Christian Wolf untersuchen in der Publikation »Lokale Engagementförderung«, welche Vor- und Nachteile die Vielfalt der Einrichtungen auf lokaler Ebene mit sich bringt. Die Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft und Sozialpolitik und der Projektmanager setzen sich dabei im Kern mit folgenden Fragen auseinander: Welche Anlaufstellen, Büros und Agenturen sind noch zeitgemäß? Wie ergänzen sich die Angebote, wo überschneiden sie sich und wo stehen sie in Konkurrenz zueinander? Die Antworten auf diese Fragen bilden die Grundlage für eine Diskussion über die zukünftige Entwicklung der Engagementpolitik vor Ort. Erschienen ist der Band im Springer Verlag für Sozialwissenschaften.

Weitere Informationen unter <http://www.springer-vs.de/Buch/978-3-531-18585-9/Lokale-Engagementfoerderung.html>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

nach oben

Führungszeugnis für Engagierte grundsätzlich gebührenfrei

Wer für ehrenamtliche Tätigkeit in einer gemeinnützigen oder vergleichbaren Einrichtung ein Führungszeugnis benötigt, erhält dieses künftig grundsätzlich gebührenfrei. Anders als bisher wird das Bundesamt für Justiz auch dort von einer Gebühr generell absehen, wo ehrenamtlich Engagierte eine Aufwandsentschädigung erhalten. Das teilte der Präsident des Bundesamts für Justiz, Heinz-Josef Friehe, in Bonn mit.

Weitere Informationen unter http://www.bundesjustizamt.de/cln_108/nn_2036868/DE/Presse/Pressemitteilung__Archiv/20120608.html

nach oben

Memorandum über die Kooperation von Stiftungen und BMFSFJ veröffentlicht

Am 20. Juni 2012 wurde das Memorandum über die Kooperation von Stiftungen und Bundesfamilienministerium bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland auf dem Deutschen Stiftungstag veröffentlicht. Dieses hatten Mitglieder des Forums Engagementförderung gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium erarbeitet. Das Memorandum wurde in Erfurt unterzeich-

net vom Parlamentarischen Staatssekretär, Dr. Hermann Kues, Dr. Lothar Dittmer, Mitglied im Vorstand der Körber-Stiftung, und dem Geschäftsführenden Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung, Dr. Christof Eichert.

Memorandum unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl_12_memorandum.pdf (480 kB)

nach oben

Freiwilligendienste: Antrag der SPD und Grünen

Am 14. Juni 2012 haben SPD und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN einen gemeinsamen Antrag mit dem Titel »Freiwilligendienste in zivilgesellschaftlicher Verantwortung stärken« in den Bundestag eingebracht. Neben diversen Feinjustierungen geht es insbesondere um eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Träger und um eine Veränderung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Dafür werden ein Freiwilligenstatusgesetz und die gesetzliche Verankerung des Trägerschaftsprinzips gefordert. Geändert werden soll insbesondere die Intransparenz der Arbeitsweise der BAFzA, die als Folge ihrer Doppelrolle gesehen wird, einerseits Träger anzuerkennen und zu kontrollieren, andererseits selbst Trägerschaftsfunktionen zu übernehmen. Als verfehlt wird das Bildungsgutschein-system zur Disposition gestellt, ebenso die an den Bedürfnissen der Freiwilligen vorbeigehende Arbeit der noch der Zivildienstzeit verhafteten Bildungszentren des Bundes. Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen, die Reden zu Protokoll genommen. Eine Bundestagsdebatte findet nach der Sommerpause statt.

Antrag unter <http://dip.bundestag.de/btd/17/099/1709926.pdf>

nach oben

Aufwandsentschädigung und Hartz IV: Antrag der Grünen

Bei der Reform der Hartz IV-Regelungen im Jahr 2011 wollte die jetzige Regierung eine vollständige Anrechnung von Einnahmen aus ehrenamtlicher Tätigkeit auf Leistungen nach dem SGB II durchsetzen. Dies war von den Bundesländern verhindert worden, indem im Vermittlungsausschuss vereinbart worden war, dass 175.- Euro im Monat anrechnungsfrei bleiben sollen, analog zur steuerlichen Begünstigung ehrenamtlicher Tätigkeit. Wie Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in einem in den Bundestag eingebrachten Antrag ausführen, hat diese Regelung gleichwohl zu einer Schlechterstellung von ehrenamtlich tätigen Hartz-IV-Beziehern gegenüber ehrenamtlich aktiven Erwerbstätigen geführt. Dies passiert dann, wenn ein Ehrenamtlicher nicht einzelzweckbestimmte Aufwandsentschädigungen, sondern eine Übungsleiterpauschale bezieht, die dann voll zum Beispiel mit einem Minijob verrechnet wird. Betroffen sind ebenso ehrenamtliche Ratsmitglieder, die Hartz IV beziehen. Diese konnten bis zum 1. April 2011 wie erwerbstätige Ratsmitglieder anrechnungsfrei eine pauschale Entschädigung von monatlich 266 Euro erhalten, ab dem 1. April 2011 nur noch 91.- Euro weniger im Monat. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordern, dass bei der ehrenamtlichen Tätigkeit von

Hartz IV-Beziehern durchgängig die gleichen Summen anrechnungsfrei bleiben wie bei steuerzahlenden Erwerbstätigen, die ehrenamtlich tätig sind.

Antrag unter <http://dip.bundestag.de/btd/17/099/1709950.pdf>

nach oben

Freiwilligendienste: Antwort der Bundesregierung

Die Bundesregierung (17/9548) hat am 8. Mai 2012 auf eine Kleine Anfrage mit 67 Fragen der Fraktion Die Linke (17/9123) geantwortet (vgl. BBE-Newsletter 8/2012). Danach haben sich seit dem 1. Juli 2011 42.241 Frauen und Männer für einen Dienst im Bundesfreiwilligendienst verpflichtet. Lediglich 36 Prozent verpflichteten sich für weniger als zwölf Monate. Insgesamt knapp 14.000 Bufdis sind demnach älter als 27 Jahre, darunter 2.338 über 60 Jahre. Bei 17.891 der 42.241 Vereinbarungen im BFD stellt das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben die Zentralstelle dar, ebenso bei 1.731 von 46.529 Freiwilligen im FSJ.

Antwort der Bundesregierung unter
<http://dip.bundestag.de/btd/17/095/1709548.pdf>

nach oben

Bürgerbeteiligung bei Großprojekten: öffentliche Anhörung

Am 13. Juni 2012 fand im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages eine öffentliche Anhörung zur Bürgerbeteiligung bei Großprojekten statt. Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion (17/9156, vgl. auch BBE-Newsletter 6, 8, 9 und 11/2012). Angehört wurden der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Pro Mobilität, Professor Thomas Groß (Universität Osnabrück) sowie die Rechtsanwälte Professor Andrea Versteyl und Siegfried de Witt. Einigkeit herrschte darüber, dass die Bürgerbeteiligung bei Großprojekten ausgebaut und die Genehmigungsverfahren gestrafft werden müssen. Die Stellungnahmen liegen beim Bundestag als Download vor.

Weitere Informationen unter
http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a15/Oeffentliche_Anhoerungen/Archiv/Infrastruktur-13_Juni_2012__11_00_Uhr_bis_13_00_Uhr/index.html

nach oben

Demografiekongress als Politikum: Kleine Anfrage

Noch bevor beim Demografiekongress im September 2012 in Berlin, der wie viele andere auch im »Europäischen Jahr 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen« stattfindet, das erste Wort gesprochen wurde, ist er bereits ein Politikum und zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag geworden. Tatsächlich hat der Demografiekongress einige überraschende Eigenschaften: Sage und schreibe sechs Bundesmini-

sterien haben gleichzeitig die Schirmherrschaft übernommen. Überraschend ist der Teilnehmerpreis. Schon der ermäßigte Tarif für Mitarbeiter einer wissenschaftlichen Einrichtung bzw. inhaltliche Kooperationspartner des Kongresses beträgt 357.- Euro. inkl. 19 Prozent MwSt und der im Normaltarif 583,10 Euro für gut 1,5 Tage Kongressatmosphäre. Wer aber wirklich mit den wichtigeren Personen in Kontakt kommen will, kommt an einer Premiumkarte für die VIP-Lounge für 714.- Euro nicht vorbei. Anspruch des Kongresses ist es übrigens, dass sich »Entscheider aus der Wohnungs-, der Sozial- und Gesundheitswirtschaft mit der Industrie treffen, um Lösungen im demografischen Wandel und aussichtsreiche Geschäftsmodelle mit hochrangigen Vertretern der Kommunal- und Bundespolitik sowie mit den Akteuren der Zivilgesellschaft zu erarbeiten und zu diskutieren welche Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Gestaltung des demografischen Wandels notwendig sind«.

Kleine Anfrage unter <http://dip.bundestag.de/btd/17/097/1709790.pdf>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Engagement für Bildung - Bildung für Engagement

Am 5. Juli 2012 ist, anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE), die neue 160 Seiten umfassende Ausgabe des Magazins »Engagement macht stark!« erschienen. Mit insgesamt 32 Fachbeiträgen wird das Schwerpunktthema »Engagement für Bildung – Bildung für Engagement« behandelt. Das Magazin ist Bestandteil der Kampagne zur »Woche des bürgerschaftlichen Engagements«, die unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck in diesem Jahr vom 24. September bis 3. Oktober 2012 zum achten Mal stattfindet. Für die Engagementpolitik und -praxis ist »Bildung« ein wesentlicher Bereich - sowohl als Praxisfeld als auch in der Qualifizierung von Engagierten. Beiträge prominenter Autorinnen und Autoren zu unterschiedlichen Bereichen der formellen und informellen Bildung (Kindertagesstätten, Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung, Sport) sowie einschlägige Praxisbeispiele aus der »Bildung für Engagement« vermitteln Anregungen und Orientierungen in diesem Feld, das von Grundsatzbeiträgen u.a. von Prof. Thomas Olk (BBE-Sprecherrat), Thomas Krüger (Bundeszentrale für politische Bildung) und Kurt Edler (Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik) abgesteckt wird. Auch das Thema »Bundesfreiwilligendienste als Lerndienste« wird mit einer Reihe von Beiträgen beleuchtet. Die digitale Version steht auf der Kampagnenhomepage zum Download zur Verfügung.

Magazin unter http://www.engagement-macht-stark.de/images/stories/Magazin/magazin_1-2012.pdf

AG 4 Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft: Bericht

Am 5. Juni 2012 fand im Neuen Rathaus Hannover die 34. Sitzung der Arbeitsgruppe 4 »Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft« statt, die sich an diesem Tag gemeinsam mit der AG 8 »Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement« dem Schwerpunkt der »Gewinnung, Qualifizierung und Entwicklung von ehrenamtlichen Vereinsvorständen« widmete. Als ein Beitrag der Arbeitsgruppe zum gleichnamigen BBE-Projekt hatte die AG 4 Roland Krumlin vom Stadtsporthund Hannover für einen Input zum Thema »Probleme, Bedingungen, Handlungsansätze aus der Sicht eines Stadtsporthundes einer Großstadt« eingeladen. Darüber hinaus berichtete Ilona Sachs von Erfahrungen aus ihrer langjährigen Tätigkeit im Förderverein Helmholtzplatz in Berlin-Prenzlauer Berg. Die nächste Sitzung der AG 4 findet am 19. September 2012 in Kassel statt.

nach oben

AG 8 Demografischer Wandel und BE: Bericht

Die AG 8 »Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement« traf sich am 5. Juni 2012 zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Arbeitsgruppe 4 »Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft« im Neuen Rathaus Hannover (mehr siehe unter AG 4). Die nächste Sitzung der AG 8 findet am 13. September 2012 in Berlin statt.

nach oben

Ehemaliger Mitarbeiter des BBE: Benjamin Reitz

Benjamin Reitz verlässt nach drei Jahren das BBE, um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu widmen. Nach anfänglicher Netzwerkbetreuung in der BBE-Geschäftsstelle war er in den Projekten »Woche des bürgerschaftlichen Engagements« und »Civil Academy« beschäftigt. Wir sagen vielen Dank für den verlässlichen Einsatz auch in schwierigen Zeiten und wünschen viel Erfolg!

nach oben

Neue Mitarbeiterin im BBE: Susanne Breton

Susanne Breton unterstützt seit Juni 2012 als Praktikantin die BBE-Netzwerkbetreuung. Die Volkswirtin absolvierte ihr Bachelorstudium an der Universität Heidelberg, wo sie auch als wissenschaftliche Hilfskraft im Bereich »Verhaltensökonomik« tätig war. Momentan absolviert sie ihr Masterstudium in Public Economics an der Freien Universität Berlin und engagiert sich als Organisationsmitglied und zukünftige Coachin bei der »Rock YOUR Life« gGmbH (RYL). RYL qualifiziert Studierende als Coaches, die zwei Jahre lang einen Hauptschüler individuell und kontinuierlich auf dem Weg in den Beruf begleiten.

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Wie viel Vermögen braucht Beteiligung? Veranstaltung

Die »stiftung neue verantwortung« realisierte 2011 ein Projekt zum Thema Neue Vermögenskultur. Daraus entstanden »Sieben Thesen für eine neue Vermögenskultur«, die zu mehr Engagement und Beteiligung aufrufen. Diese sollen im Rahmen einer auf Gedankenaustausch angelegten Veranstaltung mit dem Blick auf Partizipation und Bürgerengagement diskutiert werden. Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in der Landesregierung von Baden-Württemberg, und Dr. Knut Bergmann, Fellow der »stiftung neue verantwortung«, leiten die Debatte mit Kommentaren ein. Die Veranstaltung mit dem Titel »Ohne Moos nix los? - oder: Wie viel Vermögen braucht Beteiligung?« findet am 3. Juli 2012 von 19:00 - 20:30 Uhr im Beisheim Center statt. Eine Voranmeldung ist bis zum 1. Juli 2012 nötig und möglich.

Weitere Informationen und Anmeldung unter <http://www.stiftung-nv.de/148320,1031,111427,-1.aspx>

nach oben

Wie viel Crowdsourcing braucht die Politik?

»Demokratie 2.0 wagen - Wie viel Crowdsourcing braucht die Politik?« Bei dieser Veranstaltung in der Bayerischen Vertretung in Berlin hält Ministerpräsident Horst Seehofer das Impulsreferat. Moderiert von Richard Gutjahr diskutieren Dr. Frank Schirrmacher, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Prof. Dr. Patrizia Nanz, Professorin an der Universität Bremen und Autorin »Handbuch Bürgerbeteiligung«, und Anke Domscheit-Berg, Unternehmerin und Initiatorin von Government 2.0 Netzwerk. Crowdsourcing bezeichnet nach Wikipedia »im Gegensatz zum Outsourcing nicht die Auslagerung von Unternehmensaufgaben und -strukturen an Drittunternehmen, sondern die Auslagerung auf die Intelligenz und die Arbeitskraft einer Masse von Freizeitarbeitern im Internet.« Die Veranstaltung findet am 5. Juli 2012 ab 17:30 Uhr in Berlin statt.

Anmeldung unter Email: veranstaltung-berlin@stk.bayern.de

nach oben

Engagement macht schlau! - Fachtagung

Welche Rolle spielt außerschulisches Lernen für den Wissenserwerb? Welche Faktoren beeinflussen die Engagementbereitschaft? Der Bildungsforscher Prof. Dr. Jürgen Oelkers, die Engagementforscherin Prof. Dr. Annette Zimmer, der Soziologe Holger Backhaus-Maul sowie Schulleiter und Lehrer diskutieren diese aktuellen Herausforderungen der Engagement- und Bildungsförderung im Rahmen der Fachtagung Service Learning 2012 »sozialgenial-Schulprojekte: gut für Bildung

und Bürgerengagement« am 28. Juni 2012 von 11:00 bis 18:00 Uhr in Düsseldorf. Darüber hinaus präsentieren Schülerinnen und Schüler (11 bis 18 Jahre) aus Nordrhein-Westfalen ihre Projekte.

Weitere Informationen unter http://www.aktive-buergerschaft.de/schulen/fachtagung_service_learning

nach oben

Förderpreis Bürgerstiftungen: Ausschreibung

Zum 15. Mal vergibt die Aktive Bürgerschaft ihren Förderpreis Bürgerstiftungen, um die Eigeninitiative von Bürgern zu stärken, die aktiv Verantwortung vor Ort übernehmen. Der Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2013 wird in den vier Kategorien »mitStiften«, »mitGestalten«, »mitMachen« und »mitBestimmen« vergeben, die das Leistungsspektrum von Bürgerstiftungen abbilden sollen. Bewerbungsunterlagen, Erläuterungen zu den Kategorien und zu den Bewertungskriterien sind online verfügbar. Der Förderpreis Aktive Bürgerschaft ist mit insgesamt 40.000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss ist der 13. August 2012.

Weitere Informationen unter <http://www.aktive-buergerschaft.de/foerderpreis/>

nach oben

Baustelle Demokratie: Rezension

In der edition Körber-Stiftung ist von Serge Embacher 2012 das Buch »Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land« erschienen. Loring Sittler vom Generali Zukunftsfonds versteht in seiner Rezension die Publikation als einen »Aufruf zu mehr Selbst- und Sendungsbewusstsein aller bürgerschaftlichen Akteure«. Besonders schätzt er an der Schrift Embachers die strategische Vision, mit der sie sich positiv vom vorherrschenden Klein-Klein des alltäglichen Engagements und des politischen Geschachens um Einzelthemen abhebt. Allerdings sieht der Rezensent auch argumentative Widersprüche, v.a. eine für ihn übermäßige Staatsfixierung in der Engagementpolitik .

Rezension unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl_12_sittler.pdf (135 kB)

nach oben

Bufdis danke sagen: Mitmachaktion des BMFSFJ

Der Bundesfreiwilligendienst wird am 1. Juli 2012 ein Jahr alt. Das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) hat sich dazu eine Danke-Aktion für die Bundesfreiwilligendienstler überlegt. Danke sagen können diejenigen, denen die Arbeit der Bufdis zu Gute kommt. Das kann online oder postalisch geschehen. Für Letzteres stellt das Ministerium auch eine ausdrückbare Karte als Download bereit. Dabei können Bilder und persönliche Widmungen nicht nur postalisch, sondern auch

online geschickt werden. Alle eingegangenen Danke-Karten sollen beim Tag der offenen Tür des BMFSFJ am 18. August 2012 gezeigt werden.

Weitere Informationen unter <http://www.bundesfreiwilligendienst.de/danke.html>

nach oben

Selbsthilfegruppen: Tagungsbericht

Vom 23. bis zum 25. Mai 2012 fand die 34. Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. unter dem Motto »Vielfalt gehört dazu« in Goslar statt, zugleich ein Beitrag zum »Europäischen Jahr 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen«. Inhaltlich wurden besonders die Themen »demografische Entwicklung«, »Inklusion« und »Diversität« als Herausforderungen für die Selbsthilfe verhandelt. Erkennbar wurde die Bedeutung einer verlässlichen und nachhaltigen Infrastrukturförderung von Selbsthilfekontaktstellen, um neuen Herausforderungen und Aufgabenfeldern gerecht werden zu können.

Weitere Informationen unter <http://www.dag-shg.de/site/data/NEU/DAGSHG/JT12/DAG-SHG-JT-2012-PM-3-Bundesebene-12-05-29.pdf>

nach oben

PHINEO: Themenvoting bis 24. Juni 2012

Noch bis zum 24. Juni 2012 kann online darüber abgestimmt werden, welche Bereiche sich das Analysehaus PHINEO für seinen nächsten Themenreport vornimmt. Zur Wahl stehen vier Themen: Inklusion von Menschen mit Behinderung, Ernährung, Reintegration Straffälliger oder Sucht.

Weitere Informationen unter <http://www.phineo.org/themenreports/themenvoting/>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 5. Juli 2012.
Redaktionsschluss ist der 28. Juni 2012.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dipl.-Pol. Johanna Neuling und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags. Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[Hinweis](#)

Gefördert von:



Gefördert vom:

